

DURCHBLICK

DIE LINKE.
KREISVERBAND BIELEFELD

Sozialistische Zeitung für Bielefeld

März 2011

Von Arbeit muss man leben können

10 Euro Mindestlohn

Mehr als sechs Millionen Menschen, mehrheitlich Frauen, arbeiten in Deutschland zu Niedriglöhnen. Fast 1,4 Millionen Menschen sind gezwungen, ihren Lohn mit Hartz IV aufzustocken. Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor Europas. Briefzusteller der blauen Citipost arbeiten für 8 Euro brutto, während ihre Kollegen von der gelben Post zu Löhnen zwischen 9,86 bis 12,37 Euro arbeiten. Ab 1. Mai 2011 drohen weitere Verschlechterungen. Arbeitgeber profitieren dann davon, dass Menschen aus Mittel- und Osteuropa auch in Deutschland zu Niedriglöhnen arbeiten können, die in den jeweiligen Herkunftsländern (z.B. Polen: 1,76 Euro) gelten. Das verschärft dann das schon bestehende Lohndumping.

Mindestlohn verhindert Lohndumping

Deshalb fordert DIE LINKE, spätestens zum 1. Mai 2011 einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn einzuführen,

Gesetzliche Mindestlöhne 2011 pro Stunde

| | |
|--------------|-----------|
| Frankreich: | 9,00 Euro |
| Niederlande: | 8,64 Euro |
| Belgien: | 8,41 Euro |

der bis zum Jahr 2013 auf 10 Euro pro Stunde erhöht wird. Dieser Mindestlohn muss für alle abhängig Beschäftigten, gleich welcher Nationalität, ob dauerhaft oder nur vorübergehend beschäftigt, gelten. Dieser gesetzliche Mindestlohn bildet dann die Lohnuntergrenze für alle! Es ist dann verboten, Menschen unter diesem Lohn zu beschäftigen.

Mindestlohn sichert eine Arbeit in Würde

Ein gesetzlicher Mindestlohn in dieser Höhe führt dazu, dass alleinstehende Menschen, die Vollzeit arbeiten, von

ihrer Arbeit leben könnten, ohne auf Hartz IV angewiesen zu sein. Er verhindert, dass Arbeit arm macht und Hungerlöhne mit Steuergeld subventioniert werden. Er

verbessert insbesondere die Löhne von Frauen und verhindert Lohndumping im großen Stil. Durch die flächendeckende Einführung des Mindestlohns wird außerdem die Binnennachfrage gestärkt und es können neue Arbeitsplätze entstehen.

»Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.«

Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD),
Weltwirtschaftsforum Davos, 2005

INFO:

www.mindestlohn.de

Hans-Dietmar Hölscher

Arm trotz Arbeit in Bielefeld

Dietmar Hölscher, Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE, im Gespräch mit Anke Sprotte



Dietmar Hölscher: Die Regierung redet ständig vom Aufschwung und sieht schon Vollbeschäftigung am Horizont. Was ist davon bei dir bisher angekommen?

Anke Sprotte: Nix. Ich schlage mich mit mehreren Jobs durch, obwohl ich ein abgeschlossenes

Studium habe. Ich trage nachts Tageszeitungen aus. Ich gehe putzen. Ich habe eine kleine Selbstständigkeit, hinter der der Versuch steckt, auf Provisionsbasis Geld zu verdienen. Ich bin ehrenamtlich tätig und erhalte dafür hin und wieder mal eine kleine Aufwandsentschädigung.

Dietmar Hölscher: Wieviel Stunden arbeitest du durchschnittlich in der Woche? Wie hoch ist dein erarbeitetes Monatseinkommen?

Anke Sprotte: Meine Arbeitszeit beträgt 35 bis 50 Stunden in der Woche und bringt ungefähr 600 bis 900 Euro im Monat ein. Da ich bei den Tageszeitungen überwiegend Vertretungen mache, schwanken Zeitaufwand und Einkommen sehr stark.

Dietmar Hölscher: Kann man davon überhaupt existieren? Woher kommt der Rest zum Leben?

Anke Sprotte: Nein. Ich bin sogenannte Aufsto-

ckerin, bekomme also Arbeitslosengeld II, im Volksmund Hartz IV. Zusätzlich gehe ich zu einer öffentlichen Lebensmittelausgabe für Arme. Das kostet Überwindung und viel Zeit. Zeit, die man als Berufstätige eigentlich gar nicht hat.

Dietmar Hölscher: Was muss geschehen, damit du von deiner Arbeit leben kannst?

Anke Sprotte: Wir brauchen sofort die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, von dem man existieren kann. Es kann nicht sein, dass zahlungsunwillige Arbeitgeber staatlich subventioniert werden.

Streikrecht ist Grundrecht auch in Bethel



Bethel-Mitarbeiter demonstrierten am 1. Mai und am 9. Juni 2010 in der Bielefelder Innenstadt

„Dieses Urteil ist ein Lichtblick für die Beschäftigten in der Diakonie“ kommentierte Ellen Paschke vom Bundesvorstand der Gewerkschaft ver.di das Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm vom 13.01.2011.

Eine Reihe von diakonischen und kirchlichen Einrichtungen, darunter auch der Bielefelder Sozial- und Gesundheitskonzern Bethel, wollten per Gerichtsentscheidung feststellen lassen, dass das Streikrecht unverein-

bar ist mit der kirchlichen Selbstverwaltung. Das hat der Hammer Richter zurückgewiesen. Streikrecht ist ein Grundrecht, das für alle gilt – auch für die Diakonie-Beschäftigten. Und das Streikrecht ist schließlich das stärkste Kampfmittel der Lohnabhängigen, betonte Bärbel Beuermann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag NRW. Beuermann hatte als Prozessbeobachterin und Unterstützerin der Gewerkschaft den Prozess begleitet. Starke Kampfmittel brauchen Diakonie-Beschäftigte genauso wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die bei der AWO, den

Kommunen oder privaten Krankenhäusern beschäftigt sind. Denn Diakonie-Manager verhalten sich wie normale Arbeitgeber. Auch Bethel hat Leiharbeit eingeführt. 2009 hat das evangelische Krankenhaus Bielefeld fast 500 Mitarbeiter in eigene Betriebe ausgegliedert. Neueingestellte erhalten durchweg niedrigere Löhne. Für junge Mitarbeiter werden prekäre, befristete Arbeitsverhältnisse immer mehr die Regel. Dagegen müssen sich die Beschäftigten effektiv wehren können. Und Gewerkschaften sind nun mal das Stärkste was sie haben.

Heinz Willemsen

Portokosten sparen durch Dumpinglöhne

Mit dem Slogan: „Sie sparen 20 % Ihrer Portokosten.“ hat die blaue Citipost in Bielefeld auch die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und das Welthaus als Kunden gewonnen. Nur mit Dumpinglöhnen von 8 Euro (gelbe Post = 9,86 bis 12,37 Euro), ohne Tarifverträge, ist dieses niedrige Porto möglich. In Sonntagsreden sind beide für Tarifverträge und faire Bezahlung. Vor Ort „vergessen“ sie ihre guten Vorsätze. Glaubwürdigkeit sieht anders aus. Pikant am Rande: Die Erlöse aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken der gelben Post kommen auch der Arbeit der AWO zugute.

Dirk Schmitz

Zwischenruf:

Am 7. 2. 2011 hätte die NW beinahe einen Skandal aufgedeckt: „Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat der Linken mit Neuwahlen gedroht, sollte sie die geplante Abschaffung der Studiengebühren blockieren. Falls die Linkspartei die rot-grüne Minderheitsregierung an der Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester hindere, würden Konsequenzen gezogen, sagte Kraft dem Spiegel.“

Da schlägt's doch wirklich Dreizehn! DIE LINKE will also die Abschaffung der Studiengebühren verhindern! Gott sei dank können wir Sie beruhigen: Die NW vergaß, dass DIE LINKE die Abschaffung der Studiengebühren im Unterschied zu Rot-Grün bereits zum Sommersemester 2011 will. Der NW entging leider auch, dass DIE LINKE nicht einseht, wieso die Unis keinen ausreichenden Ersatz für die Studiengebühren erhalten.

Nun glauben Sie bitte nicht, dass die NW hier manipulieren wollte. Sicherlich handelt es sich um den Fehler eines übermüdeten Redakteurs. Selbst wenn die NW behauptete, SPD und Grüne wollten alle ihre Wahlversprechen in die Tat umsetzen, müsste man zwar am Verstand der Redaktion zweifeln - Manipulation wäre aber erst dann zu vermuten, wenn die NW-Redaktion positiv über DIE LINKE berichtete.

Florian Straetmanns



LINKE solidarisch mit Telekom-Angestellten

Die Telekom schüttet jedes Jahr 3,4 Milliarden Euro Dividende aus. Mehr zahlt kein anderer deutscher Konzern seinen Aktionären.

Gegenüber den Beschäftigten gibt sich der Konzern in der anstehenden Tarifrunde dagegen unnachgiebig. Dreist heißt es da, jeder Euro könne nur einmal ausgegeben werden. In Bielefeld und Dortmund sollen zudem 600 Stellen nach Münster ausgelagert werden.

Für die Gewerkschaft ver.di ist das nichts anderes als verschleierte Arbeitsplatzabbau. Am Montag, den 10. Januar 2011, hat deshalb Inge Höger (Bildmitte) an der „aktiven Mittagspause“ der Bielefelder Telekom-MitarbeiterInnen teilgenommen und den Kolleginnen und Kollegen die Solidarität und Unterstützung der Linksfraktion im Bundestag zugesagt.

Heinz Willemsen